

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
(95. - öffentliche - Sitzung am 21. August 2017)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Nds. Tariftreue- und Vergabegesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/7941](#)
- b) **Niedersächsisches Gesetz zur Sicherung von Tariftreue und Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz)**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 17/5328](#)

Der Sprecher der Fraktion der CDU vertrat die Ansicht, dass die mit einzelnen Änderungen verbundenen komplexen Fragen einer intensiven Prüfung und Erörterung bedürften, und beantragte daher, von einer inhaltlichen Beratung abzusehen. Er kündigte an, dass seine Fraktion gleich zu Beginn der nächsten Wahlperiode eine entsprechende Gesetzesinitiative ergreifen werde. Die Sprecherin der Fraktion der FDP warb für dieses Vorgehen. Sie führte an, dass die Ergebnisse der Aufarbeitung der Vergabeaffäre in dem dafür eingesetzten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss abgewartet werden sollten, weil diese möglicherweise Anlass zu weiteren Änderungen am Vergaberecht gäben.

Die Sprecher der Fraktionen der SPD und der Grünen erinnerten daraufhin daran, dass sich der Ausschuss auf Wunsch der Fraktion der CDU in der 94. Sitzung darauf verständigte hatte, den GBD zu bitten, zu beiden Gesetzentwürfen eine rechtliche Stellungnahme abzugeben, und eine Verabschiedung im Septemberplenium anzustreben, und beantragten aus diesem Grunde, anhand der Vorlage 14 des GBD wie vorgesehen die Beratungen aufzunehmen und über die Gesetzentwürfe abzustimmen.

Der Ausschuss lehnte den Verfahrensantrag der Fraktionen der SPD und der Grünen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen ab. Damit wurde dem Verfahrensantrag der Fraktion der CDU gefolgt.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur dauerhaften Fortsetzung der Förderungen nach dem Gesetz über Zuwendungen des Landes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden (Niedersächsisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz - NGVFG)**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/8562](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen.

Der Sprecher der Fraktion der SPD beantragte, die Beratungen anhand der Vorlage 1 zu dem Gesetzentwurf durchzuführen und die kommunalen Spitzenverbände kurzfristig um Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zu bitten. Die Sprecherin der Fraktion der Grünen schloss sich dem Antrag zum weiteren Verfahren an.

Der Sprecher der Fraktion der CDU argumentierte, dass der Gesetzesgegenstand in der verbleibenden Legislaturperiode nicht mehr seiner Bedeutung entsprechend beraten werden könne, und beantragte aus diesem Grunde, nicht in die inhaltliche Beratung einzusteigen. Er kündigte an, dass seine Fraktion gleich zu Beginn der nächsten Wahlperiode eine entsprechende Gesetzesinitiative ergreifen werde.

Der Ausschuss stimmte über den Verfahrens Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen ab. Mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP und gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen beschloss der Ausschuss, diesen abzulehnen. Damit wurde dem Verfahrens Antrag der CDU und der FDP gefolgt.